Ressort: Finanzen

DIW-Experte: EZB schürt Gefahr von Zwillingskrisen

Berlin, 06.12.2012, 15:56 Uhr

GDN - Sören Radde, Makroökonomie-Experte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), sieht in der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ein erhöhtes Risiko für eine Zwillingskrise, bei der sich Banken- und Schuldenkrise gegenseitig verstärken. "Bereits jetzt sollten alle Rettungsmaßnahmen in hilfsbedürftigen Euroländern darauf angelegt sein, die wechselseitige Abhängigkeit von Staaten und Banken nicht zu verstärken", sagte Radde im Interview mit "Handelsblatt-Online".

"In diesem Zusammenhang sehen wir insbesondere die Politik der EZB kritisch, den Bankensektor über kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen hinaus strukturell mit Liquidität in unbegrenztem Maße zu versorgen." Gerade spanische und italienische Banken hätten diese Liquidität in der Vergangenheit dazu genutzt, in heimische Staatsschuldentitel zu investieren. "Auf diese Weise hat man die Anfälligkeit für Zwillingskrisen erhöht." Nach Raddes Einschätzung könnte auch Deutschland in den Sog einer solchen Krise geraten. Bislang beschränke sich das Risiko einer Zwillingskrise auf die von der Staatsschuldenkrise betroffenen Peripherieländer. "Die Herabstufung der Bonität des Euro-Rettungsschirms ESM aufgrund der geringeren Kreditwürdigkeit Frankreichs ist allerdings ein erster Warnschuss, dass auch die Kernländer des Euroraums nicht vor diesem Schicksal gefeit sind", sagte der DIW-Ökonom. "Insbesondere die Belastungen aus den Hilfsprogrammen könnten im schlimmsten Fall auch für Länder wie Frankreich und Deutschland zu groß werden." Radde hält es vor diesem Hintergrund für einen Fehler, dass Banken Staatsanleihen bisher nicht mit Eigenkapital unterlegen müssen. "Durch die Privilegierung von Staatsanleihen der EU-Mitgliedsstaaten in der Bankenregulierung entsteht ein Fehlanreiz", sagte der Ökonom. "Dieser führt dazu, dass Banken über die Maßen in europäische Staatsanleihen investieren, und zwar insbesondere in die des eigenen Heimatstaates." Zum Problem werde dies in Staatsschulden- oder Bankenkrisen. "Dann wächst sich die Krise in einem Bereich nämlich schnell zu einer Zwillingskrise aus, die sowohl den Staat als auch den Bankensektor betrifft." Drohende Bankeninsolvenzen veranlassten dann den Heimatstaat zu Stützungsmaßnahmen, die ihrerseits die Schuldentragfähigkeit des Staates gefährden können. Radde plädiert daher für eine Art Großkreditbeschränkung für das Engagement einzelner Banken gegenüber staatlichen Schuldnern. Derzeit mache die Regulierung hier noch eine Ausnahme. Diese führe dazu, dass beispielsweise im deutschen Bankensektor das durchschnittliche Verhältnis von deutschen Staatsanleihen zum Eigenkapital bei 165 Prozent liegt. "Die Übertragung einer Obergrenze für heimische Staatsanleihen würde diese Exposure also stark begrenzen und damit effektiv zum Abbau der beschriebenen Abhängigkeiten beitragen", sagte der DIW-Experte.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3653/diw-experte-ezb-schuert-gefahr-von-zwillingskrisen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com